

Andelfinger Zeitung, Dienstag, 25. November 2025

## Datenschutz und Sicherheit

von Dr. Jeannette Wibmer, Kantonsrätin und Präsidentin Die Mitte Bezirk Andelfingen  
25. November 2025



Mit einem Postulat forderten die GLP- und die Mitte-Fraktion den Regierungsrat auf, einen Antrag auszuarbeiten, wonach der Kanton Zürich jährlich zusätzliche Mittel in Höhe von fünf Millionen Franken für humanitäre Hilfe im Rahmen der internationalen Entwicklungszusammenarbeit bereitstellen soll. Die Mitte begründete dies damit, dass die weltweite Lage besonders angespannt sei und ein überlastetes Hilfssystem die Not der Schwächsten massiv verschlechtere. Insbesondere von Kindern, die dringend Hilfe brauchten, aktuell etwa in der Ukraine, in Gaza und im Sudan. Die EVP wies darauf hin, dass Zürich als wirtschaftlich starker Kanton dazu in der Lage sei, gerade weil gleichzeitig Hilfszahlungen des Bundes gekürzt würden. Mit weit mehr als den erforderlichen 60 Stimmen sprach sich der Kantonsrat für die Dringlichkeit aus.

Mit einer Fraktionserklärung zu Femiziden wiesen die GLP- und die Mitte-Fraktionen danach darauf hin, dass die Gewalt gegen Frauen zunehme. Die Kantonspolizei rückt jeden Tag 21 Mal wegen häuslicher Gewalt aus. Dieses Jahr ist im Durchschnitt alle zwei Wochen eine Frau bei einem Tötungsdelikt ums Leben gekommen. Realität ist, dass Ausländerinnen und Ausländer sowohl auf der Opfer- als auch auf der Täterseite überdurchschnittlich vertreten sind. Trotz des seit bald 20 Jahren geltenden Gewaltschutzgesetzes müssen vulnerable Frauen besser erreicht werden. Besonders Frauen mit Behinderungen und aus stark patriarchalischen Kulturkreisen sind einem erhöhten Risiko ausgesetzt, Opfer von geschlechts- oder kulturspezifischer Gewalt zu werden. Die Erklärenden stehen weiter für den Kampf gegen alle Arten von Gewalt ein.

Am Wochenende stimmen wir über die kantonale Volksinitiative «Für ein Grundrecht auf digitale Integrität» und den Gegenvorschlag des Kantonsrates dazu ab, der auch von der Mitte-Fraktion unterstützt wird. Vor diesem Hintergrund beriet der Rat die Totalrevision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz materiell zu Ende. Diskutiert wurden Gesuche um Akteneinsicht. Um Gesuchstellende und Verwaltung zeit- und kosteneffizient zu entlasten, kann bei Differenzen neu vorab ein Schlichtungsverfahren durchgeführt werden (siehe auch Beitrag oben rechts). Auf Bundesebene zeigt die Erfahrung, dass 70 Prozent aller Differenzen damit rasch und kosteneffizient erledigt werden können. Zur Kostenfolge für Gesuchstellende von Transparenzgesuchen votierte die Ratsmehrheit dafür, dass der Zugang zu staatlichen Informationen in der Regel kostenlos bleibe, ausser bei unverhältnismässigem Aufwand gegenüber dem öffentlichen Interesse. Umstritten war der Einsatz biometrischer Erkennungssysteme im öffentlichen Raum. Befürchtet wurde, dass Pilotversuche eine schleichende Einführung der anlasslosen, flächendeckenden Überwachung sein könnten. Deshalb schränkte der Rat die Befugnisse der Behörden stärker ein und folgte damit dem ausgewogenen Standpunkt der vorberatenden Kommission. Je nach Ausgang der kommenden Abstimmung werden weitere Präzisierungen unumgänglich.